



LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN

Bundestagswahl 1998

Rechtsextremismus

1. "Die Republikaner" (REP)
2. "Deutsche Volksunion" (DVU)
3. "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)
4. Bewertung

Linksextremismus

1. "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)
2. "Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS)
3. Andere Parteien

Rechtsextremismus

Wie in den vergangenen Jahren verhinderten politische Richtungskämpfe und persönliche Animositäten ein Zusammenarbeiten der drei rechtsextremistischen Parteien **REP**, **DVU** und **NPD** im Vorfeld der Bundestagswahl 1998. Unter der Überschrift "Was Patrioten bedenken sollten" beschrieb das rechtsextremistische Theorieorgan "Nation & Europa" in seiner September-Ausgabe die Situation wie folgt: "Leider entspricht der Zustand der deutschen Rechten insbesondere in der organisatorischen Struktur der Größe der Herausforderung nicht". Es käme fast einem Wunder gleich, wenn eine der Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überspringen würde. Angesichts der Tatsache, daß sich alle drei Parteien die von ihnen fast gleichermaßen besetzten Themen Ausländerfeindlichkeit, Kriminalität und Sicherheit, die Einführung des Euro, Einwanderungs- bzw. Asylpolitik und Arbeitslosigkeit teilen mußten, war dies eine sehr realistische Aussage für den Wahlausgang.

1. "Die Republikaner" (REP)

Ausgangslage

Das Abschneiden der **REPUBLIKANER** bei Wahlen ist von anfänglichen Erfolgen und zunehmenden Niederlagen gekennzeichnet. Das beste Ergebnis erzielten sie bei den Landtagswahlen 1992 in Baden-Württemberg mit 10,9%.

Das "Superwahljahr" 1994 markierte für die **REPUBLIKANER** eine Wende zum Schlechteren. Bei vier Landtagswahlen (Niedersachsen, Sachsen, Brandenburg und Bayern) blieben sie deutlich unter 5%; darüber hinaus erlitten sie bei den Wahlen zum Europaparlament und zum Bundestag mit 3,9% bzw. 2,4% eine herbe Niederlage. Bei den Landtagswahlen in Hessen im Jahre 1995 scheiterte die Partei deutlich mit 2% an der Fünf-Prozent-Hürde.

Erst bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1996 und bei den hessischen Kommunalwahlen 1997 konnten die **REPUBLIKANER** mit 9,1% bzw. 6,6% der Stimmen wieder einmal einen Wahlerfolg erzielen.

Nach dieser vorübergehenden Konsolidierung geriet die Partei erneut unter Druck. Zunächst scheiterten die **REPUBLIKANER** sowohl im September 1997 in Hamburg bei der Wahl zur Bürgerschaft als auch am 1. März 1998 bei der Wahl zum niedersächsischen Landtag mit 1,8% bzw. 2,8%. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 mußte die Partei erleben, wie sie von einer anderen rechtsextremistischen Partei, der **DVU**, mit 12,9% haushoch überflügelt wurde. Mit Blick auf das magere Ergebnis von 0,7% sprach der Bundesvorsitzende **SCHLIERER** von einem "herben Rückschlag". Die Gründe sah er zum einen in "Sabotageaktivitäten" von Teilen des **REP**-Landesverbandes Sachsen-Anhalt und zum anderen in den Millionen-Propaganda-Feldzügen" der **DVU**. Der Bundesvorsitzende warnte vor einer erneuten "Richtungsdebatte in der Partei" und forderte die "Bündelung aller Kräfte auf den nächsten Wahlkampf in Bayern". Mit dem schlechten Abschneiden am 13. September wurde die taktische Linie des Bundesvorsitzenden allerdings vom Wähler nicht honoriert.

Wahlkandidaten

Am 7. März 1998 wählten die hessischen **REPUBLIKANER** auf ihrem Landesdelegiertentag in Hanau-Klein-Auheim (Main-Kinzig-Kreis) die Kandidaten für die Landesliste für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag. Die Wahlkreisbewerber (Direktkandidaten) der Partei wurden im Laufe des Jahres von den einzelnen Kreisverbänden gewählt.

Der Pressesprecher des **REP**-Landesverbandes, **Gottfried BURISCHEK**, führte die 14 Kandidaten (darunter drei Frauen) umfassende Landesliste an. Im Unterschied zur letzten Bundestagswahl war es den **REPUBLIKANERN** gelungen, in allen 22 Wahlkreisen Direktkandidaten zu nominieren. Ein Teil dieser Wahlkreisbewerber war nochmals über die Landesliste abgesichert. Aufgrund dieser Doppelkandidaturen bewarben sich in Hessen insgesamt 28 **REPUBLIKANER** (davon drei Frauen) für die Wahl zum Deutschen Bundestag.

Wahlkampf

Mit dem 14. politischen Aschermittwochstreffen am 25. Februar 1998 in Geisenhausen (Bayern) eröffneten die **REPUBLIKANER** ihren Bundestagswahlkampf 1998. Die Partei stand vor der schwierigen Situation, sich auf zwei unmittelbar nacheinander folgende Wahlen vorbereiten zu müssen, zumal der **REP**-Bundesvorsitzende **SCHLIERER** besonders für den Landtagswahlkampf in Bayern die Mobilisierung der gesamten Partei angekündigt hatte. Ein intensiver Landtagswahlkampf in Bayern war deshalb bedeutsam, weil die **REPUBLIKANER** endlich in den Landtag ihres vermeintlichen "Stammlandes" einziehen wollten. Teilweise wurden davon sowohl das politische Überleben der Partei als auch das ihres Bundesvorsitzenden abhängig gemacht. Zusätzlich erhofften sich die **REPUBLIKANER** von einem positiven Abschneiden in Bayern ein Aufbruchssignal für die Bundestagswahl.

Das zwei Wochen zurückliegende vollständige Scheitern bei der Landtagswahl in Bayern am 13. September mit 3,6%, d. h. einem Minus von 0,3%, traf die **REPUBLIKANER** umso härter, als hier zur allgemeinen Überraschung die **DVU** auf eine Beteiligung verzichtet hatte und damit eigentlich "rechtes" Wählerreservoir freigeworden war. Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Hessen hatte sich der Bundesvorsitzende **SCHLIERER** zuversichtlich in Hinblick auf die bayerische Landtagswahl gezeigt und mit dem Einzug in das Parlament gerechnet. Offensichtlich hatten aber viele potentielle **DVU**-Wähler die Aufforderung **FREYS** beherzigt, "keinesfalls [...] die verbliebenen Reste der **REPUBLIKANER**" zu wählen, die die "nationale Einigung" torpedierten.

Ganz empfindlich dämpfte bei den **REPUBLIKANERN** das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl die Hoffnungen auf ein gutes Abschneiden bei der Bundestagswahl. Bereits während einer Wahlveranstaltung in Herborn-Burg hatte sich **SCHLIERER** eher skeptisch geäußert, was das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde für die Bundestagswahl betraf.

Wie schon bei vorangegangenen Wahlen bestritten die **REPUBLIKANER** den Wahlkampf hauptsächlich mittels Plakaten, Flugblättern, Hauswurfsendungen und Infoständen. Besondere Aufmerksamkeit erregte ein Wahlkampfspot der **REPUBLIKANER**, in dem es hieß, **Konrad ADENAUER** und **Kurt SCHUHMACHER** würden heutzutage für die **REPUBLIKANER** stimmen. Nachdem sich **SAT 1** geweigert hatte, den Spot zu senden, verpflichtete auf eine Klage der **REPUBLIKANER** hin das Verwaltungsgericht Mainz den Privatsender zur Ausstrahlung. In Köln gab dagegen das Landgericht der Familie **ADENAUERS** Recht, daß ihr Persönlichkeitsrecht durch eine Ausstrahlung verletzt würde. **RTL** und **VOX** durften diesen Spot der **REPUBLIKANER** deshalb nicht senden. In einer Ausgabe der Parteizeitung "**DER REPUBLIKANER**" nannte der Bundesvorsitzende **SCHLIERER** folgende Agitationsthemen: "Bekämpfung der Kriminalität, sofortige Beendigung der Masseneinwanderung, Verhinderung der sog. multikulturellen Gesellschaft, Arbeit für Deutsche, kriminelle Ausländer raus, gegen den Euro und für unsere Jugend". Wie ein roter Faden zogen sich diese Themen durch den gesamten Wahlkampf der **REPUBLIKANER**.

Ausländischen bildeten die hervorstechenden Merkmale des Wahlkampfes der **REPUBLIKANER**. Das damit verbundene Schüren von Ängsten in der Bevölkerung ist den **REPUBLIKANERN** schon seit Jahren im Wahlkampf eigen.

Komplizierte gesellschaftlich-politische und wirtschaftliche Probleme beantworteten die **REPUBLIKANER** in gewohnter Manier mit einfachen Lösungskonzepten. Monokausal und monoton machten sie immer wieder die Ausländer für die vielfältigen Probleme in Deutschland verantwortlich. Unter der Überschrift "Gemeinsam für Deutschlands Zukunft - Wenn wir kommen, wird aufgeräumt" behaupteten die **REPUBLIKANER** in einer Wahlkampfzeitung, was sie nach einem Wahlsieg ändern würden. In der Broschüre mit dem Titel "12 Gründe diesmal Republikaner zu wählen", verdeutlichen allein sechs Punkte, in welcher simplifizierender Weise Ausländern alle Schuld für Mißstände zugeschoben wurde:

"Arbeit für Deutsche! Massenzuwanderung verursacht auch bei uns Massenarbeitslosigkeit".

"Schluß mit Asylbetrug! Der Grundrechtsanspruch auf Asyl muß abgeschafft werden".

"Sparsamkeit mit Steuergeld! Statt Milliarden ins Ausland und an Zuwanderer zu verschenken".

"Gerechtigkeit für die Vertriebenen! Die deutsche Außenpolitik muß zuerst das Recht der eigenen Landsleute schützen".

Zukunft für die Jugend! Wir kämpfen gegen Lehrstellennot und ‚Multi-Kulti‘ an den Schulen".

"Rettet den Sozialstaat! Schluß mit Sozialmißbrauch. Solidarität mit dem eigenen Volk".

Bewußt plakativ kontrastierten die **REPUBLIKANER** die zunehmende "Individualisierung unseres Gemeinwesens" und das Walten fremder Interessen mit ihrem angeblichen Dienst am "Gemeinwohl": "Wer unseren Sozialstaat erhalten will, kommt nicht darum herum: Deutschland muß als Sozialstaat der Deutschen erhalten werden!

Der Sozialstaat läßt sich aber nur im Rahmen der Solidargemeinschaft erhalten. Und diese Solidargemeinschaft wird durch die Nation bestimmt. Als Sozialamt Mitteleuropas gehen wir dagegen unter. Wer die Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens sichern will, darf die nationalen Interessen nicht außer Betracht lassen. Deshalb die klare Forderung ... Deutsche Interessen zuerst".

Mit einer eigenen Zeitung sprachen die **REPUBLIKANER** zum ersten Mal gezielt Jungwähler an. Unter dem Slogan "Deutschland für alle - aber keiner für Deutschland" war auch hier die Ausländer- und Einwanderungspolitik eindeutiger Themenschwerpunkt. "Durch die Massenaufnahme von Menschen aus vielerlei Volksgruppen werden wir vollends zur multikulturellen Gesellschaft", behaupteten die **REPUBLIKANER**, "die unweigerlich zu einer multikriminellen Gesellschaft werden wird".

Führende Parteifunktionäre engagierten sich in zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen. In Hessen nahm der **REP**-Bundesvorsitzende u.a. Termine in Burg b. Herborn, Bad Sooden-Allendorf und Wiesbaden wahr. Der

Frankfurt-Nieder-Erlenbach und am 26. September in Wiesbaden-Biebrich.

Die Intensität des Wahlkampfes in Hessen zeigte deutliche lokale Unterschiede. Obwohl die **REPUBLIKANER** in allen Landkreisen über Kreisverbände - somit über eine nach außen hin intakte Parteistruktur - verfügen, waren sie nicht in der Lage, ihre Mitglieder zu motivieren und dementsprechend einen flächendeckend geordneten und intensiven Wahlkampf zu führen. Dafür verantwortlich war sicherlich die Einschätzung vieler Parteimitglieder, objektiv betrachtet im Grunde keine oder zumindest nur eine Minimalchance gehabt zu haben, in den Bundestag einzuziehen.

Auch bei den hessischen Wahlveranstaltungen bildeten die Ausländerpolitik und die Betonung vorrangig deutscher Interessen die zentralen Punkte der politischen Agitation der **REPUBLIKANER**.

Fremdenfeindlichkeit, die fundamentale Werte des Grundgesetzes wie Menschenwürde, Gleichheit und Toleranz einschränkt oder sogar zerstört, gehört fest zum politischen Programm der **REPUBLIKANER**. Während des "Republikanertages" sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende **KÄS** am 3. Oktober 1997 in Stuttgart: "Ich fühle mich auf den Straßen eben nicht wohl, wenn ich mitten in Deutschland den Eindruck habe, in Afrika zu sein [...]. Heute stellt sich die Frage, ob es den Umvölkern schon gelungen ist, all das Deutsche zu zerstören, in das das Fremde zu integrieren wäre. [...] Sie [d.h. die Ausländer] wollen einfach nur schön leben. Dafür haben wir Verständnis, aber nicht bei uns und auf unsere Kosten. Wir sagen: Die Zeit ist abgelaufen. Sie müssen raus!"

"Die Republikaner" (REP)
Erststimmenergebnis bei den Bundestagswahlen

Wahlkreis		Kandidat	Bundestagswahl 1998	
Nr.	Name		Stimmen	%
124	Waldeck	Bargenda, Ralf	2.892	2,1
125	Kassel	Reichardt, Norbert-Ernst	2.462	1,7
126	Werra-Meißner	Schülbe, Siegfried	3.009	2,1
127	Schwalm-Eder	Völker, Rainer	3.831	2,9
128	Hersfeld	Legien, Frank	2.387	1,7
129	Marburg	Haemer, Günter	4.561	3,0
130	Lahn-Dill	Braun, Jörg	5.136	3,0
131	Gießen	Schwab, Wolfgang	5.176	3,0
132	Fulda	Plappert, Ines	6.830	3,5
133	Hochtaunus	Hettler, Werner	4.341	2,1
134	Wetterau	Winkelmann, Dietrich	3.414	2,0
135	Rheingau-Taunus-Limbürg	Ehlhardt, Hans-Werner	4.229	2,4
136	Wiesbaden	Hirzel, Hans	5.013	3,4
137	Hanau	Burkhard, Hans	6.426	3,3
138	Frankfurt am Main I - Main-Taunus	Schmidt, Brigitte	4.156	3,0
139	Frankfurt am Main II	Schlicher, Christoph	3.073	2,7
140	Frankfurt am Main III	Staudt, Ralf	3.091	2,7
141	Groß-Gerau	Skibba, Uwe	5.311	2,9
142	Offenbach	Münd, Hans-Joachim	5.354	3,0
143	Darmstadt	Hanisch, Karl	2.719	1,6
144	Odenwald	Burischek, Gottfried	4.913	2,5
145	Bergstraße	Schiffauer, Ralf	4.733	2,9
	HESSEN insgesamt		93.057	2,6

"Die Republikaner" (REP)
Zweitstimmenergebnis bei den Bundestagswahlen

Wahlkreis		Bundestagswahl 1998		Bundestagswahl 1994	
Nr.	Name	Stimmen	%	Stimmen	%
124	Waldeck	2.442	1,8	2.338	1,8
125	Kassel	2.040	1,4	2.248	1,6
126	Werra-Meißner	2.423	1,7	1.872	1,3
127	Schwalm-Eder	3.405	2,6	2.707	2,1
128	Hersfeld	1.762	1,2	2.558	1,8
129	Marburg	4.529	3,0	3.990	2,7
130	Lahn-Dill	4.862	2,9	4.256	2,6
131	Gießen	4.635	2,7	4.742	2,8
132	Fulda	6.266	3,2	5.311	2,8
133	Hochtaunus	3.694	1,8	3.742	1,9
134	Wetterau	3.216	1,8	4.245	2,5
135	Rheingau-Taunus- Limburg	3.685	2,1	3.454	2,0
136	Wiesbaden	4.792	3,2	4.424	2,9
137	Hanau	6.518	3,4	5.776	3,1
138	Frankfurt am Main I - Main-Taunus	3.429	2,5	4.227	3,0
139	Frankfurt am Main II	2.262	2,0	2.939	2,5
140	Frankfurt am Main III	2.603	2,2	3.071	2,6
141	Groß-Gerau	4.707	2,5	4.217	2,3
142	Offenbach	4.804	2,7	5.131	2,8
143	Darmstadt	2.425	1,4	2.815	1,6
144	Odenwald	4.564	2,3	4.134	2,1
145	Bergstraße	4.497	2,8	4.478	2,8
	HESSEN insgesamt	83.560	2,3	82.675	2,4

Wahlergebnisse

Mit 1,8% der Zweitstimmen (1994: 1,9%) scheiterten die **REPUBLIKANER** erneut deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde. In Hessen liegt die Partei mit 2,3% der Zweitstimmen (83.560 Stimmen) knapp hinter ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 1994 (2,4%). Bei den Erststimmen erzielten die **REPUBLIKANER** im Landesdurchschnitt 2,6% (93.057 Stimmen). Mit diesem Wahlausgang haben sich die Erwartungen der Partei in Hessen nicht erfüllt.

Ihre besten Wahlergebnisse erreichten die **REPUBLIKANER** in den Wahlkreisen Hanau mit 3,4% sowie in Wiesbaden und Fulda mit jeweils 3,2% der Zweitstimmen. In den übrigen Wahlkreisen blieben die **REPUBLIKANER** teilweise deutlich unter 3%. Die schlechtesten Ergebnisse erzielten sie in den Wahlkreisen Hersfeld mit 1,2% und Kassel mit 1,4% der Zweitstimmen. Die besten Wahlergebnisse bei der Erst- und Zweitstimme erreichte die Partei dort, wo seit Jahren aktive Parteiarbeit geleistet wird bzw. sich Parteifunktionäre besonders engagieren.

Aufgrund des stagnierenden Ergebnisses bei der Bundestagswahl und der Niederlage bei der Landtagswahl in Bayern wird sich der parteiinterne Streit um den Bundesvorsitzenden **SCHLIERER** und dessen Abgrenzungskurs gegenüber anderen Rechtsextremisten aller Wahrscheinlichkeit nach beleben. Im Vorfeld der Wahlen waren sich einfache Parteimitglieder und Funktionsträger darüber einig, daß ein Scheitern bei den Wahlen die Partei an den Rand des Abgrunds bringen würde. Wenn es **SCHLIERER** nicht noch einmal gelingt, seine Position zu stabilisieren, ist wohl auf lange Sicht mit seiner Entmachtung und einem "Rechtsruck" der **REPUBLIKANER** zu rechnen. Möglicherweise könnte die Partei dann auch auseinanderbrechen.

2. "Deutsche Volksunion" (DVU)

Ausgangslage

Bei den Hamburger Wahlen zur Bürgerschaft am 21. September 1997 scheiterte die **DVU** denkbar knapp mit 4,97% an der Fünf-Prozent-Hürde. Nur 150 Stimmen fehlten zum Einzug in die Bürgerschaft. Durch den Wahlausgang ermutigt, beschloß der **DVU**-Bundesvorstand im November 1997, bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 26. April 1998 anzutreten. Der unerwartet hohe Wahlerfolg der **DVU** (12,9% der Zweitstimmen), d.h. die größte Zustimmung der Wähler für eine rechtsextremistische Partei bei Landtagswahlen, bewog den Parteivorsitzenden **Gerhard FREY**, seine Partei zum ersten Mal an Bundestagswahlen teilnehmen zu lassen. Zu Wahlen in Hessen trat die **DVU** bisher nicht an.

FREY rechnete darauf, daß der Wahlerfolg von Sachsen-Anhalt vor allem in den neuen Ländern für die Bundestagswahl ein Aufbruchssignal setzen würde ("Jetzt gilt es, den **DVU**-Triumph von Sachsen-Anhalt auszubauen!"). Dort war es der **DVU** gelungen, Protestpotential, d.h. vor allem Jung- und Nichtwähler, zu aktivieren. Im Mai 1998 brachte die "Deutsche National-Zeitung" die Schlagzeile "**DVU** - jetzt Marsch auf Bonn?" und berichtete, daß **FREY** die "Chancen für den Einzug der **DVU** in den Bundestag [...] schon jetzt als optimal" bezeichnet habe.

Die von ihr seit der Wahl in Sachsen-Anhalt im rechtsextremistischen Spektrum beanspruchte Führungsrolle versuchte die **DVU** fortan auszubauen. Deshalb trat die Partei am 27. September sowohl zur Bundestagswahl als auch zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern an. In Bayern, wo die **DVU** sich nicht zur Wahl stellte, gönnte sie den konkurrierenden **REPUBLIKANERN** nicht den geringsten Erfolg bei der Landtagswahl. Dahinter verbarg sich u.a. die Befürchtung, aller Werbeaufwand der **DVU** für die Bundestagswahl, der sich in der Höhe von ca. drei Millionen Mark bewegte, könnte plötzlich den **REPUBLIKANERN** in den Schoß fallen, wenn diese in Bayern einen medienwirksamen Überraschungserfolg erzielten.

Wahlkandidaten

In vielen Fällen hatte **FREY** bestimmt, welche Kandidaten aufgestellt wurden. Dieses Vorgehen entspricht dem in der **DVU** üblichen "Parteileben". In der Regel kennt es keine Initiativen der örtlichen Parteifunktionäre; Personal- und Sachdiskussionen finden nicht statt. In Mecklenburg-Vorpommern wagten es Mitte Juli dennoch einige Parteimitglieder dieses Verfahren als "undemokratische Farce" zu kritisieren. Sie bemängelten, daß **FREY** die Aufstellung der Kandidaten diktiert habe und daß die fraglichen Personen weder vorgestellt noch geheim gewählt worden seien. **Manfred DUMM**, **DVU**-Vorstandsmitglied in Mecklenburg-Vorpommern, beantragte sogar ein Parteiausschlußverfahren gegen **FREY** wegen parteischädigenden Verhaltens. Der Landeswahlausschuß urteilte, daß die Kandidaten zwar zum Teil "rechtswidrig" aufgestellt worden, doch diese Fehler letztlich "nicht relevant" gewesen seien. Trotz rechtlicher Mängel wurde die Landesliste der **DVU** in Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl zugelassen.

An der Spitze der **DVU**-Landesliste in Hessen stand **Marion CHRIST**, die als

arbeitet. Neben ihr kandidierten sechs weitere Personen auf der Landesliste. Für die 22 hessischen Wahlkreise traten keine **DVU**-Bewerber an. Bundesweit zu den bekanntesten Kandidaten der **DVU** zählten u.a. der Bundesparteivorsitzende **FREY**, der Geschäftsführer **Bernd DROESE**, die früheren **REPUBLIKANER**-Funktionäre **Franz SCHÖNHUBER**, **Ottmar WALLNER** und **Rolf KRAUSE** sowie der Herausgeber der rechtsextremistischen Zeitung "Europa Vorn", **Manfred ROUHS**.

Wahlkampf

FREY, der die **DVU** zentralistisch und autoritär führt, vermochte für den Wahlkampf nur wenige qualifizierte Mitstreiter aufzubieten. Medienträchtige Wahlveranstaltungen fanden nur selten statt, von Kandidaten war bundesweit kaum etwas zu sehen und zu hören. Nur die Bereitschaft des früheren Vorsitzenden der **REPUBLIKANER SCHÖNHUBER**, bei der Bundestagswahl für die **DVU** zu kandidieren, ermöglichte es der Partei, einige Saalveranstaltungen abzuhalten. Sein Bündnis mit **FREY** bezeichnete **SCHÖNHUBER** als "Vernunftehe mit Ehevertrag". Bei diesem Pakt verfolgten die einstigen Kontrahenten durchaus unterschiedliche Interessen. **SCHÖNHUBER** will als Einiger des "rechten Lagers" - ausgenommen davon sei jedoch ausdrücklich die **NPD** - in die Geschichte eingehen. **FREY** wiederum erhoffte sich aus der Zweckallianz Zuspruch anderer rechtsextremistischer Parteien, d.h. besonders Zulauf von den **REPUBLIKANERN**. Langfristig will der **DVU**-Vorsitzende sich die rechtsextremistischen Konkurrenten unterordnen bzw. sie gänzlich verdrängen.

Um den Mangel engagierter Wahlkämpfer auszugleichen, verlegte sich **FREY** wie bereits in Sachsen-Anhalt auf einen massiven Einsatz von Flugblättern, Postwurfsendungen, Plakaten und Wahlkampfzeitungen. Die **DVU** konzentrierte sich auf eine Zweitstimmenkampagne und wollte damit besonders Protestwähler, junge Menschen, Arbeiter und sozial Benachteiligte erreichen.

In Hessen führte die **DVU** eher einen verhaltenen Wahlkampf, da die Parteizentrale in München hier nicht das Schwerpunktland sah. **FREY** konzentrierte seine Kräfte eindeutig auf den Osten Deutschlands.

Das von der **DVU** verteilte Werbematerial für die Bundestagswahl war größtenteils sehr aggressiv formuliert. Agitationsmuster und -themen ähnelten den Inhalten des **DVU**-Wahlkampfes in Hamburg von 1997: Ausländerzustrom ("Kriminelle Ausländerbanden nicht zu stoppen? - Ansturm auf Deutschland"), Schicksal der Deutschen Mark, "Großbetrug mit Steuergeld" und staatliche Versäumnisse bei der Kriminalitätsbekämpfung ("Alarm! Ausländerkriminalität"). Die anderen, üblicherweise in der Freyschen Presse ("National-Zeitung", "Deutsche Wochen-Zeitung") besprochenen Themen wie Antisemitismus, Revisionismus und Diffamierung des demokratischen Rechtsstaats ließ die **DVU** in ihrer Wahlkampfagitation außen vor. Mit dieser Strategie präsentierte sich die **DVU** als reine Protestpartei. Anstatt programmatische Aussagen zu treffen und eigene Problemlösungen vorzuschlagen, spekulierte die **DVU** lediglich mit dem dumpfen Unbehagen mancher Wähler gegen "die da oben" und gegen "die Ausländer".

Reißerisch und polemisch hieß es u.a. in einem sehr vielen hessischen Haushalten

Politiker, Diätenfresser, Asylbetrüger, EU-Bonzen, Kriminelle, Ausländische Banditen". Die **DVU** warb für sich als "Die Partei für die Deutschen" und forderte zum "Protest bei der Wahl gegen Schweinereien von oben auf". Die **DVU** kämpfte u.a. für

"Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!"

"Deutsches Geld zuerst für deutsche Aufgaben"

"Kriminalität hart bekämpfen!"

"Ausländerbegrenzung durchsetzen!"

Die **DVU** verlangte: "Für jeden **DVU**-Abgeordneten, der in den Bundestag kommt, muß einer der alten Bo(n)nzen raus!" Ähnlich dumpf und undifferenziert, was die Benennung der Ursachen von komplizierten Problemen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft anbelangt, setzte die **DVU** dieses Flugblatt in einen Wahlwerbespot um, der im Fernsehen gezeigt wurde.

**"Deutsche Volksunion" (DVU)
Zweitstimmenergebnis bei den Bundestagswahlen**

Wahlkreis		Bundestagswahl 1998	
Nr.	Name	Stimmen	%
124	Waldeck	1.209	0,9
125	Kassel	1.065	0,7
126	Werra-Meißner	1.015	0,7
127	Schwalm-Eder	1.167	0,9
128	Hersfeld	1.913	1,3
129	Marburg	1.003	0,7
130	Lahn-Dill	1.781	1,1
131	Gießen	1.729	1,0
132	Fulda	3.930	2,0
133	Hochtaunus	1.488	0,7
134	Wetterau	1.524	0,9
135	Rheingau-Taunus-Limburg	1.671	0,7
136	Wiesbaden	1.051	0,7
137	Hanau	2.906	1,5
138	Frankfurt am Main I - Main-Taunus	1.388	1,0
139	Frankfurt am Main II	1.046	0,9
140	Frankfurt am Main III	993	0,9
141	Groß-Gerau	1.501	0,8
142	Offenbach	1.424	0,8
143	Darmstadt	1.222	0,7
144	Odenwald	1.305	0,7
145	Bergstraße	1.709	1,1
	HESSEN insgesamt	34.040	1,0

Wahlergebnisse

Insgesamt erreichte die **DVU** bei der Bundestagswahl das magere Ergebnis von 1,2% der Zweitstimmen. Der zunächst unerwartet hohe Wahlerfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 26. April (12,9% der Zweitstimmen) wiederholte sich nicht. Auch bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern vermochte die **DVU** nicht an ihr Ergebnis von Sachsen-Anhalt anzuknüpfen. Die Partei erzielte hier nur 2,9% der Zweitstimmen (31.228 Stimmen). Mit nur 1,0% der Zweitstimmen (34.040 Stimmen) lag die Partei in Hessen noch unter dem Bundesschnitt und ist damit vom Wähler als Randgruppenpartei eingestuft.

Die hessischen **DVU**-Hochburgen sind in Fulda mit 3.930 Zweitstimmen (2,0%), gefolgt von Hanau mit 2.906 Zweitstimmen (1,5%) und Hersfeld mit 1.913 Zweitstimmen (1,3%). Die weiteren Ergebnisse in den hessischen Wahlkreisen rangierten zwischen 0,7% und 1,1% der abgegebenen Zweitstimmen.

Der kostenintensive Wahlkampf hat ein für die **DVU** sehr enttäuschendes Ergebnis gezeigt. Der Partei gelang es weder an den Erfolg vom Frühjahr anzuknüpfen, noch ihre Konkurrenten, die **REPUBLIKANER**, zu überflügeln. Ob sich die **DVU** angesichts dieses schlechten Wahlergebnisses der Landtagswahl in Hessen 1999 stellen wird, ist unter diesen Voraussetzungen wohl sehr fraglich.

3. "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

Ausgangslage

Erstmals nach 1990 trat die **NPD** wieder zu einer Bundestagswahl an. Vor acht Jahren hatte die Partei bundesweit 0,3% und in Hessen 0,5% der Stimmen erzielt. Daß die **NPD** in den letzten zwei Jahren an Boden im rechtsextremistischen Lager gewonnen hat, vermochte sie bislang nicht in Wahlerfolge umzumünzen. Sie ist weit davon entfernt, an ihre Stimmengewinne in den sechziger Jahren anzuknüpfen. Bei den hessischen Kommunalwahlen am 2. März 1997 errang die **NPD** im Landesdurchschnitt 0,6% der Stimmen; bei den Wahlen am 21. September 1997 zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen in Hamburg erzielte sie nur 0,1%. Die **NPD** kandidierte bundesweit, außer in Thüringen, wo es die Partei versäumt hatte, die erforderliche Anzahl von Unterstützungsunterschriften rechtzeitig beim Landeswahlleiter abzugeben.

Bereits 1975 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, daß die **NPD** auch in für die Öffentlichkeit bestimmten Verfassungsschutzberichten als eine "Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung, als rechtsextrem, als Feindin der Freiheit und als Gefahr für die freiheitliche Grundordnung" bezeichnet werden darf. Auch das neue Parteiprogramm vom Dezember 1996 ändert nichts an dieser Feststellung. Nach eigenen Aussagen strebt die **NPD** den "Austausch der Mächtigen an, um dem deutschen Volk im Rahmen der europäischen Völkerfamilie eine Zukunft zu geben". Die **NPD** steht "gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung, für deutsche Freiheit, Freiheit der Völker, für eine soziale Neuordnung in Deutschland".

Der Bundesvorsitzende der "**Jungen Nationaldemokraten**" (**JN**), der Jugendorganisation der **NPD**, **Holger APFEL**, bekannte sich in seiner Rede auf dem Wahlkongreß der Partei am 7. Februar 1998 in Passau ausdrücklich zu der verfassungsfeindlichen Zielsetzung seiner Partei: ""Wir, der ‚Nationale Widerstand‘[,] sind die einzige wirkliche Weltanschauungsbewegung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft mit der **NPD** als die organisierte Partei, die das politische System in der BRD auf die Wurzel bekämpft, auch die Wurzel abnimmt. Ja, liebe Freunde, wir [als] **NPD** sind stolz darauf, daß wir alljährlich in den bundesdeutschen Verfassungsschutzberichten stehen und als feindlich, verfassungsfeindlich, gegen dieses System stehen. Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich".

Nachdem **Udo VOIGT** 1996 den wegen Leugnung der nationalsozialistischen Massenmorde inhaftierten **Günter DECKERT** als Bundesvorsitzenden abgelöst hatte, verordnete er der **NPD** einen neuen Kurs. Geschichtsrevisionistische, auf die Vergangenheit des Dritten Reichs fixierte Themen traten in den Hintergrund, und die **NPD** wandte sich aktuellen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen zu. Indem sich die Partei gegenüber anderen rechtsextremistischen Gruppen, d.h. insbesondere gegenüber Neonazis und Skinheads öffnete, versucht sie, die "Meinungsführerschaft im rechten Lager" zu erobern. Die seit 1996 kontinuierlich gewachsenen Mitgliederzahlen der **NPD** zeigen, daß diese Bemühungen Früchte tragen. Die **NPD** hat sich ein dynamisch wirkendes Image zugelegt, das gerade auf junge Rechtsextremisten attraktiv wirkt. Seit 1997 bewies die Partei mehrfach ihre

die Beine.

Wahlkandidaten

Die Wahl der hessischen Kandidaten zur Bundestagswahl 1998 hatte schon am 3. Oktober 1997 stattgefunden. Neben den bekannten **NPD**-Aktivisten **Doris ZUTT** (Fraktionsvorsitzende der **NPD** im Lahn-Dill-Kreis) und **Volker SACHS** (**NPD**-Vorsitzender im Wetteraukreis) wurden mit **Thomas HANTUSCH** und **Kerstin VOGEL** Mitglieder der **Jungen Nationaldemokraten** aufgestellt. Insgesamt trat die **NPD** auf der Landesliste mit 13 Bewerbern und in den Kreisen und Städten Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill, Wetterau, Darmstadt, Offenbach und Odenwald mit sechs Direktkandidaten zur Wahl an.

Wahlkampf

Die **NPD** stellte ihren Wahlkampf vornehmlich unter das Motto "Arbeit zuerst für Deutsche". Auf in den Farben schwarz-weiß-rot gehaltenen Flugblättern und Plakaten behauptete die Partei "Wir sind die echte Opposition" und versprach bei einem Wahlerfolg "Sicherheit! Recht! Ordnung!" Die **NPD** rühmte sich selbst als "konsequent, national, sozial". Die **Jungen Nationaldemokraten** verfügten über eigenes Propagandamaterial und verteilten vor allem Spuckis mit folgenden Parolen: "Kein Wahlrecht für Ausländer!", "Asylbetrüger raus! Deutschland uns Deutschen", "Gegen Scheinasylantentum und Überfremdung". Bundesweit führte die **NPD** Veranstaltungen unter dem Motto "Wir schaffen Arbeit - Bonn schafft NICHTS!" durch.

Um ihrem Anspruch gerecht zu werden, allen "nationalen" Strömungen in Deutschland eine politische Heimat zu bieten, zog die **NPD** zu den Bundestagswahlen 1998 erstmals mit einem parteilosen Spitzenkandidaten in den Wahlkampf. Der Vorsitzende der "**Deutschen Bürgerinitiative (DBI)**, **Manfred ROEDER**, aus dem hessischen Schwarzenborn/Knüß, ehemaliger Rechtsanwalt und Rechtsterrorist, trat für die **NPD** im Wahlkreis Rügen-Stralsund-Grimmen als Direktkandidat an. Von dieser Kandidatur versprach sich die **NPD** große Aufmerksamkeit und großen Zulauf. Der als Neonazi und Rechtsextremist bekannte **ROEDER** hatte zuletzt im Dezember 1997 bundesweit das Medieninteresse auf sich gelenkt, als publik wurde, daß er 1995 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg vor Offizieren einen Vortrag über Nord-Ostpreußen gehalten hatte.

Während einer öffentlichen Wahlkampfveranstaltung der **NPD** in Uphal (Mecklenburg- Vorpommern) ließ **ROEDER** seine neonazistische Gesinnung durchscheinen. Laut Tonbandmitschnitt eines Rundfunkreporters leugnete **ROEDER** die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen: "Wenn ich nicht die offizielle Version jetzt wiedergebe, die über den Holocaust herrscht, kriege ich ein Verfahren, ich weiß, daß vieles ganz anders war, als es erzählt wird". Tatsächlich leitete daraufhin die Staatsanwaltschaft Schwerin ein Ermittlungs- verfahren gegen **ROEDER** ein. Die **NPD** ihrerseits konstituierte einen innerparteilichen Untersuchungsausschuß und nahm von weiteren öffentlichen Auftritten seiner Person Abstand.

aus. Von den derzeit schätzungsweise deutlich über 5.000 Mitgliedern der **NPD** stammen ca. zwei Fünftel aus Ostdeutschland. Vor diesem Hintergrund und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern verstärkte die Partei - wie bereits in bezug auf die Kandidatur von Manfred **ROEDER** angedeutet - dort ihr Wahlkampfengagement.

Die **NPD** thematisierte dabei insbesondere die sozialistische Komponente, die sie geschickt mit dem rechtsextremistischen Ideologieelement des Nationalismus und der "Volksgemeinschaft" verwob. Die **NPD** gebärdete sich streng antikapitalistisch, und in einer Extraausgabe des Parteiorgans "Deutsche Stimme" (August 1998) erklärte der Bundesvorsitzende **VOIGT**, die **NPD** bekenne sich zu den "positive[n] Aspekte[n] der untergegangenen DDR - gerade in der Sozialpolitik".

"Wir müssen, gerade in Mitteldeutschland, klarmachen, daß wir Nationalisten die faktische Nachfolge der Kommunisten in der Vertretung sozialer Lebensinteressen des deutschen Volkes angetreten haben". Diese Strategie zielte darauf ab, Stimmen aus dem "linken" Wählerreservoir abzuschöpfen und sich klar vom "Alt-Rechten-Klüngel" **DVU** und **REP** abzugrenzen. In einem Wahlwerbespot forderte **VOIGT** die Wähler auf: "Wählen Sie radikal - sozial - national".

Die meisten und bestbesuchtesten Wahlveranstaltungen führte die **NPD** in Ostdeutschland durch. Die Abschlußkundgebung zur Bundestagswahl fand am 19. September in Rostock unter Beteiligung von 3.000 Personen statt. Ursprünglich hatte die **NPD** 5.000 Personen erwartet.

In Hessen fanden nur in der **NPD**-Hochburg Wölfersheim am 7. Juli und 2. September Wahlveranstaltungen statt. Beide Male trat der Bundesvorsitzende **VOIGT** als Hauptredner auf. Gegen den Widerstand einiger Parteimitglieder hieß der Bundesvorsitzende am 7. Juli auch Skinheads willkommen, da die "Zusammenarbeit aller noch wichtiger sei als die parteiinterne Arbeit". Bei der zweiten Wahlkundgebung, die etwa 100 Personen - darunter ca. die Hälfte der Anwesenden unter 30 Jahre - besuchten, sprach **VOIGT** über die klassischen Wahlkampfthemen der **NPD**: Asyl- und Ausländerpolitik, Kriminalität, Neuverschuldung und Einführung des Euro. Schließlich forderte er die Anwesenden auf, **NPD** zu wählen. Könne sich jemand dazu nicht entschließen, möge er der **DVU** seine Stimme geben, um damit klar und deutlich seinen Protest gegenüber den Bonner "Altparteien" zum Ausdruck zu bringen.

**"Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)
Erststimmenergebnis bei den Bundestagswahlen**

Wahlkreis		Kandidat	Bundestagswahl 1998	
Nr.	Name		Stimmen	%
124	Waldeck			
125	Kassel			
126	Werra-Meißner			
127	Schwalm-Eder			
128	Hersfeld			
129	Marburg	Horst, Alfred	584	0,4
130	Lahn-Dill	Zutt, Doris	2.227	1,3
131	Gießen			
132	Fulda			
133	Hochtaunus			
134	Wetterau	Sachs, Volker	2.930	1,7
135	Rheingau-Taunus-Limburg			
136	Wiesbaden			
137	Hanau			
138	Frankfurt am Main I – Main-Taunus			
139	Frankfurt am Main II			
140	Frankfurt am Main III			
141	Groß-Gerau			
142	Offenbach	Marschner, Frank	619	0,3
143	Darmstadt	Kaiser, Karl-Heinz	704	0,4
144	Odenwald	von Kymmel, Georg	1.071	0,5
145	Bergstraße			
	HESSEN insgesamt		8.135	0,2

**"Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)
Zweitstimmenergebnis bei den Bundestagswahlen**

Wahlkreis		Bundestagswahl 1998		Bundestagswahl 1990	
Nr.	Name	Stimmen	%	Stimmen	%
124	Waldeck	212	0,2	668	0,5
125	Kassel	134	0,1	562	0,4
126	Werra-Meißner	133	0,1	490	0,3
127	Schwalm-Eder	298	0,2	745	0,6
128	Hersfeld	232	0,2	1.095	0,8
129	Marburg	442	0,3	493	0,3
130	Lahn-Dill	1.669	1,0	1.241	0,8
131	Gießen	413	0,2	472	0,3
132	Fulda	267	0,1	1.205	0,7
133	Hochtaunus	324	0,2	823	0,4
134	Wetterau	2.179	1,2	1.973	1,2
135	Rheingau-Taunus- Limburg	215	0,1	552	0,3
136	Wiesbaden	129	0,1	526	0,4
137	Hanau	281	0,1	1.414	0,8
138	Frankfurt am Main I – Main-Taunus	212	0,2	976	0,7
139	Frankfurt am Main II	160	0,1	711	0,6
140	Frankfurt am Main III	179	0,2	1.015	0,9
141	Groß-Gerau	223	0,1	755	0,4
142	Offenbach	418	0,2	1.159	0,6
143	Darmstadt	522	0,3	781	0,5
144	Odenwald	807	0,4	866	0,5
145	Bergstraße	219	0,1	560	0,4
	HESSEN insgesamt	9.668	0,3	19.082	0,6

Wahlergebnisse

Nach dem vorläufigen Endergebnis erhielt die Partei bundesweit nur 126.428 (=0,3%) der Zweitstimmen. Auch in Hessen konnte die Partei nur 0,3% der Zweitstimmen auf sich vereinigen. Gegenüber der Bundestagswahl 1990 verlor sie damit 0,3%. Angesichts des vom Parteivorsitzenden **Udo VOIGT** verordneten neuen Kurses und angesichts der großen Wahlanstrengungen besonders im Osten Deutschlands erlitt die **NPD** eine deutliche Wahlniederlage. Aufgrund dieses Ergebnisses wird die **NPD** weder bundesweit noch in Hessen im rechtsextremistischen Parteienspektrum eine große Rolle spielen. Ihre besten Zweitstimmen-Ergebnisse erreichte die **NPD** mit 1,0% im Lahn-Dill-Kreis und 1,2% im Wetterau-Kreis. Die Mehrzahl der übrigen Ergebnisse lag bei 0,1 bis 0,2%.

Im Lahn-Dill-Kreis erhielt die Spitzenkandidatin **Doris ZUTT** 2.227 Erststimmen (=1,3%) und 1.669 Zweitstimmen (=1,0%). In der dortigen **NPD**-Hochburg Ehringhausen, Wohnort von **Doris ZUTT**, vereinte die Partei 270 Erststimmen (=5,0%) und 224 Zweitstimmen (=4,2%) auf sich. Einen weiteren Erfolg errang die **NPD** in ihrer zweiten Hochburg Wölfersheim (Wetterau-Kreis). Dort erzielte sie 10,9% der Erststimmen (=602 Stimmen) und 7,9% der Zweitstimmen (=434 Stimmen). Beide Ergebnisse sind vor dem Hintergrund besonderer Aktivitäten lokaler Parteifunktionäre zu sehen.

Auch in den neuen Ländern erhielt die **NPD** nicht die angestrebte Stimmenzahl. So konnte sie in Mecklenburg-Vorpommern trotz eines aufwendig und aggressiv geführten Wahlkampfes nur 1,0% der Zweitstimmen erringen.

In seinem Wahlkreis Rügen-Stralsund errang der aus Hessen stammende Kandidat **Manfred ROEDER** 0,5% der Erststimmen und lag damit nur mit 0,2% über dem dortigen Zweitstimmen-Ergebnis seiner Partei.

Zusammenfassende abschließende Bewertung

Insgesamt brachte die Bundestagswahl auch in Hessen ein niederschmetterndes Ergebnis für die drei rechtsextremistischen Parteien. Weder **REP** (2,3%), **DVU** (1,0%) noch **NPD** (0,3%) vermochten die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Selbst wenn man ihre Ergebnisse zu einem fiktiven "Wahlbündnis" addiert, liegen sie mit insgesamt 3,6% deutlich unter der Sperrklausel.

LINKSEXTREMISMUS

Bereits 1994 hatten linksextremistische Parteien und Gruppierungen die "**Partei des Demokratischen Sozialismus**" (**PDS**) unterstützt, weil nur mit dieser Partei eine parlamentarische Vertretung erreichbar schien.

Während sich kleine Parteien wie der "**Bund Westdeutscher Kommunisten**" (**BWK**) oder die "**Vereinigte Sozialistische Partei**" (**VSP**) in den letzten vier Jahren verstärkt in der **PDS** engagierten oder sogar in Form von Arbeitsgemeinschaften in die Partei integrierten, behielt die "**Deutsche Kommunistische Partei**" (**DKP**) ihre Eigenständigkeit bei.

Die **DKP** warb 1998 erneut um Zweitstimmen zugunsten der **PDS**, um wieder eine "sozialistische Linke" im Bundestag zu etablieren. Wie bereits 1994 versuchte sie, ihre Wahlkampfteilnahme auch dazu zu nutzen, eigene politische Positionen darzustellen.

Entscheidendes Motiv dafür war die Selbsterkenntnis, mit einer eigenen Kandidatur nicht zu einem "Politikwechsel" beitragen zu können. Nur über die Zweitstimmenkampagne für die **PDS** sah die **DKP** eine Chance "verstärkten Druck von außerparlamentarischen Bewegungen" auszuüben und eine "starke sozialistische Kraft im Parlament" zu etablieren.

Öffentlich verzichtete die **PDS**, ähnlich wie 1994, auf konkrete Bündnisvereinbarungen mit anderen Gruppen. Gleichzeitig akzeptierte sie in Hessen allerdings, daß ein **DKP**-Mitglied für die **PDS** kandidierte und daß **DKP**-dominierte Wählerinitiativen im Namen der **PDS** aktiv waren.

Auffällig war auch, daß sich Trotzlisten und vom Maoismus geprägte Parteien mit Ausnahme der "**Sozialistischen Alternative Voran**" (**SAV**) dem Bündnis zugunsten der **PDS** nicht anschlossen, obwohl sie ebenfalls einen Regierungs- und Politikwechsel anstrebten. Die trotzkistische "**Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale**" (**PSG**) trat mit einer Landesliste an. Sie beschäftigte sich im Wahlkampf mit Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie Finanz- und Umweltpolitik. Die **PSG** will eine Arbeiterregierung etablieren, die allein ihre politischen Forderungen umsetzen könnte.

Die "**Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands**" (**MLPD**), die 1994 noch mit einer Landesliste kandidiert hatte, stellte nur in zwei Wahlkreisen einen Direktkandidaten auf. Sie thematisierte insbesondere die Arbeitsmarktpolitik sowie die notwendige Befreiung der Frauen. Die **MLPD** sieht sich als "Neue Opposition", die im Gegensatz zur **PDS**, "den Kampf für den echten Sozialismus" führe.

1. "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)

Ausgangslage

Bereits auf ihrem 12. Parteitag (1993) beschloß die **DKP** für die Bundestagswahl 1994, von einer eigenen Kandidatur abzusehen, wenn eine Zusammenarbeit mit der "**Partei des Demokratischen Sozialismus**" (**PDS**) zustande komme. Dies war damals durch einen Beschluß des **PDS**-Parteivorstandes möglich geworden.

Obwohl es für die Wahl 1998 keine entsprechenden Aussagen der **PDS** gab, hat sich an der Beschlußlage der **DKP** bis heute nichts geändert! Auf ihrem 14. Parteitag (1998) hatte die Partei ihre Position noch einmal bestätigt. Die **DKP** verzichtete auf eine eigene Kandidatur, um "die ohnehin schwache Linke in Deutschland nicht noch weiter zu zersplittern". Zugleich war die **DKP** davon überzeugt, daß nur mit der **PDS** der für sie selbst so wichtige "antikapitalistische Protest" im Bundestag wieder eine Stimme bekommen konnte.

Wahlkandidaten

Entsprechend ihrer Position, die **PDS** unterstützen zu wollen, um eine möglichst starke sozialistische Kraft in den Bundestag zu bekommen, verzichtete die **DKP** darauf, eine eigene Landesliste aufzustellen. Allerdings stellte die **DKP** im Wahlkreis 139 einen eigenen Direktkandidaten auf - einen von bundesweit acht **DKP**-Direktkandidaten. Dies war für die **DKP** wichtig, um die Eigenständigkeit der Partei zu dokumentieren. Begründet wurden die Direktkandidaturen damit, daß diese Kandidaten im Namen der Partei bewiesen, daß es Menschen gebe, "die sich nicht opportunistisch anpassen, sondern die für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen eintreten".

Darüber hinaus kandidierten bundesweit dreizehn **DKP**-Mitglieder als Direktkandidaten für die **PDS**, darunter in Hessen im Wahlkreis 141. Diese und andere **PDS**-Direktkandidaten sollten von **DKP**-Anhängern überall dort gewählt werden, wo sie eine Chance hatten, das Direktmandat zu gewinnen. Daneben kandidierte in Hamburg, Niedersachsen und Bayern je ein **DKP**-Mitglied auf einem wenig aussichtsreichen Platz der jeweiligen **PDS**-Landesliste.

Wahlkampf

Der Wahlkampf der **DKP** stand unter dem Motto "Eine neue Regierung ist nötig und möglich - Eine neue Politik muß erkämpft werden!" Die konkreten Wahlziele waren

- einen Regierungswechsel zu schaffen,
- einen Politikwechsel zu initiieren,
- die **PDS** als linke/sozialistische Opposition in den Bundestag zu bringen und
- die **DKP** organisatorisch und mitgliedermäßig als führende kommunistische Partei zu stärken.

Zur Umsetzung dieser Ziele sollten nach einem Beschluß des Parteivorstandes insbesondere verschiedene Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben

DKP, die Extra-Ausgabe des **DKP**-Zentralorgans "**Unsere Zeit**" und andere Materialien zu großen Teilen textidentisch. Außerdem war die Verbreitung dieser Materialien auch aufgrund der geringen Aktionsbereitschaft von **DKP**-Mitgliedern nicht sehr hoch.

Inhaltlich versuchte die **DKP** in diesen Publikationen - ohne besondere Abgrenzung oder Anlehnung an Positionen der **PDS** - ihre eigenen politischen Vorstellungen und Forderungen darzustellen:

Allein mit veränderten Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und dem damit initiierten Politikwechsel durch eine Koalition aus **SPD** und **Bündnis 90/Die Grünen** sei es nicht getan. Ohne gemeinsame und organisierte außerparlamentarische Aktivitäten sei eine wirkliche politische Wende nicht möglich.

Die **DKP** wollte durch entsprechende Aktionen in diesem Sinne eingreifen. Beispielhaft für eine Umsetzung dieses Ziels nannte der Bundesvorsitzende der Partei die "Hamburger Großdemonstration gegen Bildungs- und Ausbildungsmisere", die Berliner Großdemonstration "Aufstehen für eine andere Politik - Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Gegen Rassismus und Ausgrenzung" oder die von der **DKP** unterstützten Erwerbslosen- Aktionstage, den Aktionstag des "**Jugendbündnisses gegen rechts**" in Frankfurt am Main und andere antifaschistische Aktionen.

Insgesamt propagierte die **DKP** die bereits in der Vergangenheit feststellbare "Kampagne- technik" linksextremistischer Gruppierungen, aktuelle gesellschaftliche Themen für die eigene Propaganda zu nutzen und nicht nur allein, sondern im Bündnis mit anderen, auch nichtextremistischen Gruppen in "gesellschaftliche Auseinandersetzungen" einzugreifen und gesellschafts- politische Alternativen aufzuzeigen - auch für die Zeit nach der Bundestagswahl.

Mit Blick auf diese übergeordneten politischen Absichten sind die konkreten Forderungen der **DKP** zu sehen. Unter anderem will die **DKP**

- ein Lehrstellengesetz
- die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
- ein gesetzliches Verbot von Massenentlassungen und ein Verbot von Überstunden
- die Zurücknahme der Einschränkungen von Persönlichkeitsrechten durch Aushöhlung des Datenschutzes, Großen Lauschangriff u. a.
- eine veränderte Verteidigungs- und Rüstungspolitik
- eine veränderte Ausländerpolitik
- das Verbot aller "Naziorganisationen".

Diese Forderungen sind für die **DKP** existentiell, weil für sie die bisherige, kritisierte Politik nur Ausdruck des Kapitalismus ist, der "nicht zur Wahl steht" und gegen den daher weiter gekämpft werden muß.

Ihre Zweitstimmenkampagne für die **PDS** begründete die **DKP** damit, daß die **PDS** als einzige Partei ihre eigenen Forderungen mittrage und bei einem erneuten Einzug in den Bundestag "Druckpotential von links gegen politisch negative Entwicklungen bei **SPD** und **Grünen**" sein könne. Die **DKP** selbst sei das außerparlamentarische

sei durch eine sich ergänzende Arbeit der Weg zu gesellschaftlichen Veränderungen möglich.

2. "Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS)

Ausgangslage

Am 27. September warb die **PDS** zum zweiten Mal anlässlich einer Bundestagswahl um Wählerstimmen in **Hessen**. Bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 erhielt die **PDS** 0,6% der Erststimmen (21.621 Stimmen) und 1,1% der Zweitstimmen (37.268 Stimmen). Über die Landesliste zog der Schriftsteller **Gerhard ZWERENZ** für die **PDS Hessen** in den Bundestag ein. Bei der Europawahl 1994 kam die **PDS** in Hessen auf 0,8%.

Nachdem die **PDS** bei den Landtagswahlen 1995 nicht antrat, warb sie 1997 erstmalig bei Kommunalwahlen in Hessen um die Wählergunst. Ihr bestes Ergebnis konnte die Partei dabei in Marburg mit 6,2% (2.085 Stimmen) erzielen und vier Mandate erringen.

Erklärtes Ziel der **Bundes-PDS** war der Wiedereinzug in den Bundestag, diesmal als Fraktion mit mindestens 5% Zweitstimmenanteil. Der hessische **PDS-Landesverband** war daher bemüht, den Zweitstimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 1994 auf 2% zu verdoppeln. Gegenüber der **Bundes-PDS** bestand für die **PDS Hessen** jedoch die Schwierigkeit darin, der Öffentlichkeit zu vermitteln, daß die **PDS** mehr ist als nur eine Partei für die neuen Länder.

Seit Anfang des Jahres ging es der dogmatischen Linken verstärkt um eine Positionierung zur Bundestagswahl 1998. Die jeweiligen Organisationen berieten auch darüber, welche Partei gegebenenfalls unterstützt werden sollte. Da die **PDS** als einzige linke Partei von bundespolitischer Bedeutung realistische Chancen für den Einzug in den nächsten Bundestag versprach, wurde sie von verschiedenen linksextremistischen Gruppen und Parteien unterstützt. Herausragend war dabei der auf dem 14. **DKP-Parteitag** (1998) erfolgte Aufruf zur Zweitstimmenabgabe für die **PDS**.

Wahlkandidaten

Nachdem die **PDS** zur Bundestagswahl 1994 in Hessen mit 16 Direktkandidaten aus dem linksextremistischen Spektrum antrat, stellte sie 1998 in allen 22 hessischen Bundestagswahlkreisen einen Direktkandidaten.

Lediglich im Wahlkreis 141 Groß-Gerau kandidierte mit dem **DKP-Mitglied Rudi HECHLER** ein Mitglied einer anderen Partei für die **PDS**. Bei dieser von der **Bundes-PDS** mitgetragenen Entscheidung standen anscheinend "wahltaktische Erwägungen" im Vordergrund, da nach dem "Schweriner-Parteitagsbeschuß" Mitglieder anderer Parteien nicht für die **PDS** kandidieren durften.

Nur in diesem Wahlkreis engagierten sich die Parteigenossen der **DKP** sehr stark in einem **PDS**-Unterstützerkreis bzw. in einer **PDS**-Wählerinitiative für ihren **PDS**-Direktkandidaten.

Nachdem ursprünglich der von der **Bundes-PDS** favorisierte stellvertretende Bundesvor- sitzende **Wolfgang GEHRCKE** auf dem ersten Platz der neunköpfigen **PDS-Landesliste** geführt wurde, konnte sich der **PDS-Landesverband Hessen** mit der Nominierung des parteilosen **Fred GEBHARDT** gegen den Bundesvorstand durchsetzen. GEBHARDT war der aussichtsreichste hessische Kandidat für den Einzug in den Bundestag.

Mit der Kandidatur wurde deutlich, daß die **PDS** in den alten Ländern mit der Aufstellung prominenter, parteiloser Kandidaten aus dem "Ghetto linken Sektierertums" ausbrechen wollte. Es galt, durch eine eigene Profilierung den Boden für eine breitere Akzeptanz beim Wähler zu bereiten.

Wahlkampf

Der Bundestagswahlkampf der **PDS** wurde unter dem Motto "**Deutschland braucht nicht nur einen Regierungs- sondern auch einen Politikwechsel**" geführt. Dahinter verbarg sich wie auch im Bundestagswahlkampf 1994 die für die Partei wichtige Forderung nach einem alternativen, gegen die Politik der etablierten Parteien gerichteten Handeln. Die **PDS** hatte daher ein Programm "15 Sofortinitiativen der **PDS** für einen Politikwechsel" erstellt. Im Kern zielte es auf die Rücknahme, Änderung oder Beseitigung sämtlicher aus ihrer Sicht bedenklicher Beschlüsse, die von der Bundesregierung in den letzten Jahren beschlossen wurden.

Mit Hilfe eines antikapitalistisch orientierten Populismus wandte sich die **PDS** vornehmlich gegen "soziale Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten" und den "zunehmenden Rechtsruck" in Politik und Gesellschaft. Inhaltliche Schwerpunkte legte die Partei im Wahlkampf auf die Themen Arbeitslosigkeit, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Daneben engagierte sie sich in den Bereichen Seniorenpolitik (Rentensicherheit), Jugendpolitik ("Ausbilden - nicht ausgrenzen"), Frauenpolitik (Gleichberechtigung in Politik, Beruf und Gesellschaft), Europapolitik ("Euro? - so nicht!"), Verteidigungspolitik ("NATO auflösen! - Für Frieden und Abrüstung!"), Wirtschaftspolitik ("Staatliche Kontrolle der Großbanken"), Steuerpolitik ("Armut bekämpfen - Reichtum begrenzen") sowie in Bezug auf Probleme gesellschaftlicher und ethnischer Minderheiten (z.B. Aufhebung des PKK-Verbots).

Als besonders schwierig gestaltete sich für die **Bundes-PDS** im Wahlkampf der "politische Spagat", einerseits als "Ostpartei" primär die Interessen der Wählerinnen und Wähler in den neuen Ländern als einzige Partei im Bundestag weiterhin wahrnehmen und vertreten zu wollen, andererseits aber auch die Belange westdeutscher Bürgerinnen und Bürger in ihr Programm mitaufzunehmen. Aufgrund der historischen Entwicklung der Partei bestanden hier eindeutige Identifikationsprobleme seitens der Wählerinnen und Wähler in den alten Ländern mit der **PDS**.

Die **PDS** Hessen, die mit ihrem Spitzenkandidaten **Fred GEBHARDT** einen personalisierten Wahlkampf führte, wollte vorrangig drei "Wählerzielgruppen" ansprechen:

Hierunter fielen Wählerinnen und Wähler mit einem "linken Werteprofil" (im Sinne von Gerechtigkeit, Solidarität und Sozialismus) und einer oppositionellen Einstellung sowie "Protestwählerinnen und -wähler", die sich in einer "sozial komplizierten Lage" befinden. Diesen beiden Zielgruppen wollte sich die **PDS** als eine Partei für soziale Gerechtigkeit präsentieren.

Die dritte Zielgruppe bildeten Jungwählerinnen und -wähler mit Schwerpunkt an Universitäten und Hochschulen. Bei dieser als "unangepaßt und querdenkend" geltenden Wählerschicht wollte sich die **PDS** als "witzige Partei mit Zukunftsperspektiven" profilieren. Im Vordergrund des "Jugendwahlkampfes" der **PDS Hessen** stand der Bereich "Rassismus-Rechtsradikalismus". Hier wurden im Vorfeld der Bundestagswahl mit anderen Jugendorganisationen "Aktionen gegen Rechts" erwogen.

Die **PDS** will nach der Bundestagswahl auch bei dem von ihr erhofften Regierungswechsel weiterhin eine schlagkräftige linke Opposition zu den anderen Parteien bilden, um langfristig eine Änderung der politischen Rahmenbedingungen erreichen zu können. Dabei soll der "**Druck von links**" auf die Bundesregierung auch durch außerparlamentarische Aktionen erfolgen.

Die Wahlpropaganda der **PDS** zeichnete sich durch ihre professionelle Gestaltung aus. Die Partei verfügte scheinbar noch über genügend Personal aus den alten Kadern, die etwas von Agitation und Propaganda verstehen. Daneben wurde klar, daß die **PDS** noch über ausreichende finanzielle Mittel zur Durchführung ihrer aufwendigen Werbekampagne verfügt.

Neben dem Verteilen von Flugschriften und Plakaten, Aufstellen von Info-Ständen, Abhalten öffentlicher Kundgebungen unter Mitwirkung von **PDS-Parteiprominenz**, Ausstrahlen von Fernseh- und Rundfunkspots wurde eine sechzehnteilige Wahlzeitung des zentralen **PDS-Wahlbüros** in 16 Länderausgaben mit einer Auflagenhöhe von 5,7 Millionen Exemplaren gedruckt und verteilt.

**"Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS)
Erststimmenergebnis bei den Bundestagswahlen**

Wahlkreis		Kandidat	Bundestagswahl 1998	
Nr.	Name		Stimmen	%
124	Waldeck	Eckart, Thede	1.134	0,8
125	Kassel	Boller, Tilman	2.016	1,4
126	Werra-Meißner	Fittkow, Claudia	1.422	1,0
127	Schwalm-Eder	Domes, Norbert	1.370	1,0
128	Hersfeld	Weichler, Olaf	1.326	0,9
129	Marburg	Maier, Pia	2.297	1,5
130	Lahn-Dill	Weber, Wolfgang	1.725	1,0
131	Gießen	Pötter, Ralph Heinz	2.238	1,3
132	Fulda	Rückert, Hagen	2.628	1,3
133	Hochtaunus	Weidmann, Hartmut	2.058	1,0
134	Wetterau	Weiberg, Sven	1.713	1,0
135	Rheingau-Taunus-Limburg	Pletzer, Achim	1.621	0,9
136	Wiesbaden	Decker, Ralph	1.621	1,1
137	Hanau	Nitsche, Petra	2.751	1,4
138	Frankfurt am Main I - Main-Taunus	Baumer-Versock, Klaus	1.789	1,3
139	Frankfurt am Main II	Telgen, Silke	1.973	1,7
140	Frankfurt am Main III	Grünberg, Harald	1.912	1,7
141	Groß-Gerau	Hechler, Rudi	2.273	1,2
142	Offenbach	Berg-Gensert, Heike	2.130	1,2
143	Darmstadt	Schäfer, Dr. Heinz	2.030	1,2
144	Odenwald	Odenwald, Dieter	2.184	1,1
145	Bergstraße	Röth, Matthias	1.500	0,9
	HESSEN insgesamt		41.711	1,2

**"Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS)
Zweitstimmenergebnis bei den Bundestagswahlen**

Wahlkreis		Bundestagswahl 1998		Bundestagswahl 1994	
Nr.	Name	Stimmen	%	Stimmen	%
124	Waldeck	1.516	1,1	932	0,7
125	Kassel	2.917	2,0	2.271	1,6
126	Werra-Meißner	1.743	1,2	1.102	0,8
127	Schwalm-Eder	1.538	1,2	781	0,6
128	Hersfeld	1.453	1,0	909	0,7
129	Marburg	2.845	1,9	2.496	1,7
130	Lahn-Dill	2.044	1,2	1.180	0,7
131	Gießen	2.738	1,6	1.822	1,1
132	Fulda	2.524	1,3	1.205	0,6
133	Hochtaunus	2.439	1,2	1.677	0,8
134	Wetterau	2.205	1,3	1.462	0,9
135	Rheingau-Taunus- Limburg	2.020	1,1	1.434	0,8
136	Wiesbaden	2.372	1,6	1.956	1,3
137	Hanau	3.036	1,6	2.121	1,1
138	Frankfurt am Main I – Main-Taunus	2.434	1,8	1.838	1,3
139	Frankfurt am Main II	3.014	2,6	2.649	2,3
140	Frankfurt am Main III	2.992	2,6	2.677	2,3
141	Groß-Gerau	2.588	1,4	1.733	1,0
142	Offenbach	2.822	1,6	2.200	1,2
143	Darmstadt	2.815	1,6	2.109	1,2
144	Odenwald	2.415	1,2	1.638	0,8
145	Bergstraße	1.674	1,0	1.076	0,7
	HESSEN insgesamt	52.204	1,5	37.268	1,1

Wahlergebnisse

Die **PDS** konnte ihr erklärtes Ziel, als Fraktion in den nächsten Bundestag einzuziehen, mit 5,1% der Zweitstimmen erreichen. Ferner konnte sie in vier Berliner Bundestagswahlkreisen die von ihr erhofften Direktmandate erringen.

Nachdem die **PDS** nach der Bundestagswahl 1994 mit 30 Abgeordneten lediglich als Bundestagsgruppe vertreten war, kann sie jetzt als Fraktion mit 35 von 656 Abgeordneten in den Bundestag einziehen.

Gegenüber der letzten Bundestagswahl gewann sie bundesweit 0,7% der Zweitstimmen hinzu. Während der Stimmenzuwachs in den alten Ländern gering ausfiel (durchschnittlich 0,25%, bei Verlusten in Berlin und Bremen), konnte die **PDS** ihre ohnehin starke Position in den neuen Ländern erheblich verbessern. Hier wurde der Grundstein für das Überspringen der "5% Hürde" gesetzt. Auffallend war, daß die **PDS** in den ostdeutschen Ländern vor allem bei jungen Frauen, Beamten und Arbeitslosen überproportional Anklang fand.

In den alten Ländern konnte die **PDS** mit jeweils 0,4% Zweitstimmenzuwachs in Schleswig- Holstein, Rheinland-Pfalz und **Hessen** ihre größten Erfolge verbuchen.

Das erklärte Ziel des **PDS-Landesverbandes Hessen**, seinen Zweitstimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl von 1994 zu verdoppeln, konnte nicht erreicht werden. Landesweit kam sie auf 1,5% (1994: 1,1%) der Zweitstimmen. In den meisten der 22 hessischen Bundestagswahlkreise legte die **PDS** zwischen 0,3% und 0,5% der Zweitstimmen zu.

Die größten Stimmenzuwächse erzielte sie mit 0,7% im Wahlkreis 132 Fulda und mit 0,6% im Wahlkreis 127 Schwalm-Eder. Im Wahlkreis 129 Marburg wo die **PDS** bei der Kommunalwahl 1997 besonders gut abgeschnitten hatte, wurde dem gegenüber lediglich ein Plus von 0,2% erreicht. Dieses Ergebnis muß deshalb für die Partei als enttäuschend gewertet werden.

Anscheinend ist es der **PDS** trotz der geringfügigen Stimmenzuwächse in den alten Ländern nicht gelungen, ihr Image als "reine Ostpartei" beim Wähler loszuwerden.

Welche Konsequenzen dies und das nicht realisierte Wahlziel des Landesverbandes für dessen Landtagswahl-Entscheidung haben wird, bleibt abzuwarten.

3. Andere Parteien

Die mit einer Landesliste angetretene trotzkistische "**Partei für soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale**" (**PSG**) erreichte landesweit nur 633 Stimmen (Bund: 6.273 Stimmen), was 0,0% entspricht. In den einzelnen hessischen Wahlkreisen erhielt die **PSG** jeweils nur zwischen 17 und 40 Stimmen, lediglich in Kassel und Fulda konnte sie geringfügig mehr Stimmen erzielen.

Die Direktkandidaten extremistischer Parteien schnitten in Hessen mit ebenso geringen Ergebnissen ab. Der Kandidat der "**Deutschen Kommunistischen Partei**" (**DKP**) gewann in seinem Frankfurter Wahlbezirk 136 Stimmen, was 0,1% der gültigen Erststimmen bedeutet. Bundesweit erzielten die **DKP**-Direktkandidaten 2.110 Stimmen.

Die beiden Kandidaten der "**Marxistisch Leninistischen Partei Deutschlands**" (**MLPD**) konnten in ihrem jeweiligen Wahlkreis (Kassel und Darmstadt) 105 bzw. 115 Stimmen gewinnen, was jeweils 0,1% der gültigen Erststimmen entspricht. Bundesweit erreichten **MLPD**-Direktkandidaten 7.213 Stimmen. Über die wenigen **MLPD**-Landeslisten konnte die Partei nur 4.917 Stimmen gewinnen.

Die kleinen linksextremistischen Parteien haben weiterhin keine politischen Erfolge aufzuweisen. Mit Ausnahme der **MLPD**, die in ihren nordrhein-westfälischen Hochburgen Achtungserfolge für sich in Anspruch nehmen wird, sind diese Parteien nicht einmal regional in der Lage, ihre politische Arbeit zu vermitteln.

Nur wo sich Kandidaten besonders stark persönlich engagieren, kann es Vertretern solcher Organisationen gelingen mehr als 0,0% oder 0,1% der Stimmen zu gewinnen. Trotz anders lautender (Selbst-) Bekenntnisse sind diese Parteien im politischen Raum ohne Bedeutung.

Das Ergebnis der **DKP**-Direktkandidaten kann nicht in dieser Weise bewertet werden. Die **DKP** hatte sich ja, im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Parteien, eindeutig für die Wahl der **PDS**-Landeslisten ausgesprochen. Durch den Erfolg der **PDS** wird sich die **DKP** bestätigt fühlen.

Obwohl die **DKP** durch ihre Direktkandidaturen ihre Eigenständigkeit zu bewahren und zu belegen versuchte, ergibt sich aus dem **PDS**-Erfolg aber dennoch ein Problem für die **DKP**. Gerade die Konzentration auf die **PDS** als einzige erfolgversprechende und etablierte "sozialistische Kraft im Parlament" war richtig. Eine Zersplitterung der Linken, d.h. das Antreten mehrerer Parteien, kann zu demselben Ergebnis wie bei rechtsextremistischen Parteien führen, nämlich daß keine den Sprung ins Parlament schafft.

Für die **DKP** bedeutet dies bereits mit Blick auf den nächsten Wahltermin, die Landtagswahl in Hessen, zu entscheiden, ob sie versucht, die sozialistische Opposition zu stärken, oder das Vernunftbündnis zugunsten ihrer Eigenständigkeit auflöst.